

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 01/0339/WP18
Federführende Dienststelle: FB 01 - Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich Datum: 03.02.2023 Verfasser/in:
Ratsanträge		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
15.02.2023	Rat der Stadt Aachen	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeisterin).

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

Erläuterungen:

Von den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern wurden Ratsanträge innerhalb der in § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat benannten Frist eingereicht, die als Anlage beigefügt sind.

Anlage/n:

Fristgerecht eingereichte Ratsanträge



Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01

26. Jan. 2023

No. 330/18

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

Grüne 0241 / 432 -7217

Antrag Nr. 2023/11

SPD 0241 / 432 -7215

Antrag Nr. 158/23

Zukunft 0241 / 432 -7266

LINKE 0241 / 432 -7244

Aachen, 26.01.2023

Ratsantrag

Öffentliche Gebäude begrünen – für mehr Grün in der Stadt, kühlere Innenstädte und innerstädtischen Biodiversität

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

im Namen der Fraktionen GRÜNE, SPD, DIE Zukunft und DIE LINKE stellen wir folgenden Ratsantrag:

Die Verwaltung (FB 61, FB 23 und andere) wird beauftragt, die städtischen Gebäude auf eine Eignung für eine Begrünung von Dach und Fassade hin zu überprüfen und geeignete Gebäude zeitnah mit einer Dach- und Fassadenbegrünung auszustatten. Dabei sollen auch Gebäude der städtischen Beteiligungen einbezogen werden.

Darüber hinaus werden die Fachbereiche und die Verwaltungsspitze beauftragt, Kontakt zu anderen Eigentümer:innen großer Immobilien aufzunehmen (z. B. BLB, Studierendenwerk, Kirchen, Gewerkschaften, Sparkassen etc.), um zeitnah möglichst viele Gebäude auf dem Aachener Stadtgebiet mit dieser sehr sinnvollen und effektiven Art der Hitzereduktion und der Produktion von Sauerstoff und Bindung von CO₂ auszustatten. Dies könnte bspw. in einem „Runden Tisch Fassadenbegrünung“ geschehen.

Begründung:

Der Klimawandel nimmt rasant an Fahrt auf. Auch wir in Aachen registrieren selbst in unserem städtischen Raum die Auswirkungen dieses Phänomens, wie z. B. Flutschäden in Kornelimün-



ter. Die Menschen in der Innenstadt sind besonders durch zunehmende Hitze in den Sommermonaten belastet, vielen sind die überhitzten, „steinernen“ Straßen der warmen Sommertage noch sehr in Erinnerung. Wir erleben gleichzeitig einen harten Wettbewerb um die begrenzten und stark mit zahlreichen Nutzungen belegten Straßen- und Platzbereichen in der Stadt. Verkehrsarten, Aufenthaltsqualitäten, sterbendes und neues Stadtgrün und Spielflächen konkurrieren nebeneinander und sorgen mit diesem Konflikt zu oft für eine reduzierte Produktion dringend notwendiger Biodiversitäten in den öffentlichen Flächen.

Wir müssen dringend handeln!

Die Biomasse muss sich in den städtischen Räumen dramatisch vervielfältigen. Dazu kann und muss die Begrünung von Fassaden im städtischen Raum eine erfolgreiche Lösung darstellen. Das städtische Förderprogramm für Fassadenbegrünung im privaten Bereich wurde seit seiner Einführung im Sommer 2022 leider bisher nur in sehr geringem Maße abgerufen.

Dies stellt eine Notwendigkeit des Handelns dar und so müssen in einem ersten Schritt die öffentlichen Bauherr:innen, die Verbände und Institutionen hier als gutes, klärendes und sichtbares Beispiel vorangehen, um den privaten Haushalten deutlich zu machen, welche Möglichkeiten und Nutzungen hier verborgen liegen und gehoben werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE

Christoph Allemand

Ratsherr DIE Zukunft

Dr. Heike Wolf

Umweltpol. Sprecherin SPD

Andreas Nositschka

Umweltpol. Sprecher DIE LINKE

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Frau
Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB01

02. Feb. 2023

No. 331/18

Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Aachen
Verwaltungsgebäude Katschhof
Räume 137 – 139
52058 Aachen
Telephon: 0241 / 432 7244
fraktion.dielinke@mail.aachen.de

Aachen, 2. Februar 2023

Ratsantrag

Fahrrad-Spenden an Recyclinghöfen ermöglichen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Rat möge beschließen:

*Die Verwaltung wird beauftragt, eine Möglichkeit zu schaffen, um
Fahrrad-Spenden für die WABe auch an Recyclinghöfen abzugeben.*

Begründung

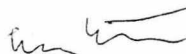
Die Stadt Aachen unterstützt im Rahmen der städtischen Kampagne die von dem Verein WABe durchgeführte Fahrradaktion "Fahrrad wieder flott ... mit Teilen vom Schrott", bei der ausgediente Fahrräder oder -teile gesammelt werden, um im Sinne der Ressourcensparsamkeit aufbereitete Fahrräder bereitzustellen.

Zwar sind Abholungen bei der WABe und Abholungen möglich, jedoch wäre es sinnvoll, wenn bei Entrümpelungen aufgetauchte Räder, gemeinsam mit anderem Sperrgut, bei Recyclinghöfen abgegeben werden könnten.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



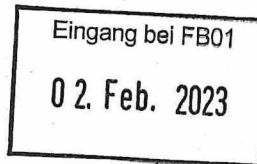
Lasse Klopstein



Andreas Nositschka

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Frau
Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen



Nr. 332/18

Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Aachen
Verwaltungsgebäude Katschhof
Räume 137 – 139
52058 Aachen
Telephon: 0241 / 432 7244
fraktion.dielinke@mail.aachen.de

Aachen, 2. Februar 2023

Ratsantrag
Kreis der Aachen-Pass-Empfänger*innen erweitern

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auch Menschen, die weder Leistungen nach SGB II oder SGB XII erhalten noch unter die strikten Ausnahmekriterien der GEZ-Befreiung fallen, die Möglichkeit zu geben, einen Aachen-Pass zu beantragen.
2. Hierzu sollen Bedürftigkeitskriterien erarbeitet werden.

Begründung

Es gibt Menschen, die beispielsweise durch den Bezug von Wohngeld nur unwesentlich oberhalb der Schwelle zu Sozialleistungen leben. Diese haben derzeit keine Möglichkeit, einen Aachen-Pass zu erhalten, sofern sie nicht die harten Kriterien der Befreiung vom Rundfunkbeitrag erfüllen.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens

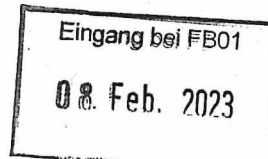


Nadine van der Meulen



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen



Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 14/2023 (Grüne)
161/23 (SPD)

Aachen, 08.02.2023

Ratsantrag

Fokusjahr Adalbertstraße 2023

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept und Programm für ein Fokusjahr Adalbertstraße 2023 aufzustellen und in den zuständigen Fachausschüssen zur Beratung vorzulegen.

Ziel ist es, die Zuständigkeit unterschiedlicher Bereiche der Verwaltung (FB01, FB02, FB61, E49 und andere) im Fokusjahr zu bündeln, Förderprogramme auf die Adalbertstraße zu lenken, die zusätzlichen Mittel im Haushalt 2023 effektiv zu nutzen und eine größere Besucherfrequenz zu organisieren. Parallel soll eine Gesprächsoffensive mit den wesentlichen Akteuren gestartet werden, um eine tragfähige Strategie für die Straße zu entwickeln.

Begründung

Die untere Adalbertstraße gibt durch andauernde Leerstände schon seit Jahren kein gutes Bild ab. Hinzutretende Unsicherheiten zu weiteren Standorten in Aachens Haupteinkaufsstraße geben Anlass, sich im Rahmen eines Fokusjahres verstärkt der Adalbertstraße zuzuwenden. Von der Verwaltung wird erwartet, dass alle beteiligten Fachabteilungen zusammenwirken, um ein wirksames Programm aufzustellen. Programme wie Ladenliebe und Innenstadtmorgen sollen auf die Straße gelenkt werden. Durch die zusätzlichen Haushaltsmittel soll ein Veranstaltungsmanagement zusätzliche Besucher generieren (z.B. durch einen Stadtstrand am Kugelbrunnen in den Sommermonaten).

Wir wollen zudem die neue „LeAn® Plattform“ des Bundesbauministeriums für Aachen einführen und nutzen. Sie ist ein zusätzliches Werkzeug zur Gestaltung von Innenstädten, eine digitale Plattform für ein Leerstands- und Ansiedlungsmanagement. Die Anwendung erleichtert die Bestandsflächenverwaltung, liefert einen aktuellen Überblick über Immobilienbesatz, Leerstände und Ansiedlungsgesuche sowie umfangreiche Daten zu Umfeld und Nutzbarkeit.



Auf dieser Datenbasis soll das beginnende Jahr zur Strategieentwicklung genutzt werden, was insbesondere auch die planungsrechtlichen Handlungsspielräume in die Betrachtung einbezieht. Teil des Programms im Fokusjahr Adalbertstraße sind eine ganze Reihe von Gesprächen und (nach Möglichkeit) Zielvereinbarungen, da ein solches Jahr auch handfeste Ergebnisse liefern sollte.

Für das Fokusjahr Adalbertstraße 2023 haben wir 200.000 EUR (100.000 konsumtiv und 100.000 investiv) in den Haushalt eingestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schaadt
Fraktionssprecher GRÜNE

Michael Servos
Fraktionsvorsitzender SPD

Boris Linden
stv. Fraktionsvorsitzender SPD



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01
08. Feb. 2023

Nr. 334/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 15/2023 (Grüne)
162/23 (SPD)

Aachen, 08.02.2023

Ratsantrag

Preisgedämpfter Wohnraum

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, um den sogenannten „Quotenbeschluss“ dahingehend zu ergänzen, dass auch die Schaffung von preisgedämpftem Wohnraum gefördert werden kann.

Begründung

Eine der tragenden Grundlagen der Aachener Wohnungsbaupolitik ist der sogenannte Quotenbeschluss. Er besagt in seiner jüngsten Fassung, dass vorhabenbezogene Bebauungspläne zu Wohnungsbauprojekten, sowie Bebauungsplänen mit städtebaulichen Verträgen nur dann seitens der Stadt verfolgt werden, wenn der Investor 40% des zu schaffenden Wohnraums für öffentlich geförderte Wohnungen (Wohnberechtigungsschein) zur Verfügung stellt.

Diese Vorgehensweise hat sich bewährt und ist erfolgreich – auch wirtschaftlich.

Jedoch gibt es auch jenseits der Einkommensgrenze, die zu einem Wohnberechtigungsschein berechtigt, noch Personengruppen, die diese Grenze zwar – knapp – überschreiten, deren Einkommenssituation aber immer noch zu knapp ist, um sich ohne weiteres auf dem freien Wohnungsmarkt um Wohnraum zu bewerben.



Für diese Menschen könnte ein preisgedämpfter Mietzins hilfreich sein. Darunter kann ein Mietpreis verstanden werden, der leicht über dem öffentlich geförderten, jedoch deutlich unter der Marktmiete auf dem freien Wohnungsmarkt liegt. Um einen solchen Mietpreis zu unterstützen, ist eine Ergänzung des Quotenbeschlusses zu überdenken. Der könnte zum Beispiel so aussehen, dass für bestimmte Projekte eine Quote von 40% für öffentlich geförderten Wohnraum und z.B. 10% oder 20% für preisgedämpftes Wohnen festgesetzt wird.

Die Verwaltung wird gebeten, einen entsprechenden Vorschlag zu erarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Dr. Sebastian Breuer

wohnungspol. Sprecher

Norbert Plum

Vorsitzender des Wohn- und Liegenschaftsausschusses



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01

08. Feb. 2023

Nr. 335/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 16/2023 (Grüne)
163/23 (SPD)

Aachen, 08.02.2023

Ratsantrag

Wohnungstauschbörse

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung der Leitstelle „Älter werden in Aachen“ und des Seniorenrates, ein Konzept für eine Wohnungstauschbörse zu erarbeiten.

Begründung

Ein Teil des Wohnraums in Aachen wird nicht ideal genutzt. Wohnungen und Häuser werden zum Teil von Menschen bewohnt, welche aus unterschiedlichen Gründen lieber in eine kleine Wohnung oder Haus in einer anderen Lage umziehen möchten. Hierbei handelt es sich überwiegend um ältere Menschen, sie sind zum Teil nicht in der Lage eigenständig eine Wohnungssuche oder einen Haus-Wohnungstausch anzuregen bzw. umzusetzen.

Eine Wohnungstauschbörse mit unterschiedlichen Optionen ist hier eine gute Möglichkeit neue Chancen für den Wohnungsmarkt in Aachen zu initiieren. Ältere Menschen hätten die Möglichkeit in kleinere Wohnungen umzuziehen und vielleicht Unterstützung im Haushalt etc. zu erhalten und Familien und Wohngemeinschaften hätten dadurch die Möglichkeit in größere Häuser umzuziehen.

Eine Anbahnung solcher Umzüge erfordert Feingefühl, Professionalität, Rechts- und Ortskenntnisse sowie Kenntnis über Antragsmöglichkeiten z.B. für einen barrierefreien Umbau.



Zu prüfen ist, wie Untervermietung, Verkauf, Mietkauf, Vermietung bei bestehenden Verträgen, Übernahme von handwerklichen oder pflegerischen Unterstützungen über eine solche Börse abzubilden sind. Eventuell ist auch eine kommunalübergreifende Wohnungstauschbörse denkbar.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Dr. Sebastian Breuer

wohnungspol. Sprecher

Norbert Plum

Vorsitzender des Wohn- und Liegenschaftsausschusses



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01
08. Feb. 2023

Nr. 336/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 17/2023 (Grüne)
164/23 (SPD)

Aachen, 08.02.2023

Ratsantrag

Unternehmensnachfolge

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer Aachen sowie den Aachener Hochschulen, sowohl die Inhaberinnen und Inhaber von Unternehmen aus der Region als auch die Aachener Studierenden in wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen für eine mögliche Unternehmensnachfolge zu sensibilisieren und zu vernetzen. Hierbei sollen bestehende Angebote der Kammern und der Wirtschaftsförderung nicht ersetzt, sondern sinnvoll ergänzt werden. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, ggf. vorhandene Fördermöglichkeiten zu nutzen. Das Ergebnis ist dem Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung vorzustellen.

Begründung

Auf Grund des demographischen Wandels und der damit verbundenen immer älter werdenden Gesellschaft sind etwa 1,5 Millionen Inhaberinnen und Inhaber von Unternehmen in Deutschland 55 Jahre oder älter und stellt diese immer öfter vor die Herausforderung, frühzeitig eine Unternehmensnachfolge zu planen und eine:n geeignete:n Nachfolger:in zu finden. Davon sind besonders viele Klein- und Mittelstandsunternehmen betroffen. Laut dem „Nachfolgemonitor 2019“, einer Studie des Verbands Deutscher Bürgschaftsbanken in Kooperation mit den FOM-Hochschulen, stehen bis 2023 etwa 500 000 Unternehmen vor einem altersbedingten Eigentümer:innenwechsel. Durch den zeitintensiven Prozess ist die Regelung der Nachfolge essenziell für eine weitere strategische Planung.

Ein möglicher Ansatz, diesem Problem zu begegnen und gleichzeitig die Stärken Aachens als Standort gleich mehrerer Hochschulen mit wirtschaftswissenschaftlichen bzw. betriebswirtschaftlichen Studiengängen (fast 5000 Studierende an RWTH und FH Aachen) zu nutzen, wäre die gezielte Vernetzung von Hochschulen sowie den betreffenden Kammern als Vertreter:innen der Wirtschaft,



um Synergieeffekte zu nutzen. Denn während zur Qualifizierung von Start Up-Gründer:innen an Hochschulen eine Vielzahl von Angeboten zur Verfügung stehen, werden potenzielle Nachfolgerinnen und Nachfolger aus Hochschulen bisher vernachlässigt. Ein mögliches Modell könnte das in Koblenz mit der dortigen Hochschule etablierten Projekts „SUCCESSOR“ sein. Hier entwickelt die Hochschule Koblenz zusammen mit regionalen Partnern ein einzigartiges und innovatives Unterstützungsangebot, um für das Thema Unternehmensnachfolge zu sensibilisieren, zu qualifizieren und zu vernetzen. Bestehende Programme der Kammern sollen hierbei sinnvoll ergänzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schaadt

Fraktionssprecher GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Birdal Dolan

wirtschaftspol. Sprecher

Sebastian Becker

wirtschaftspol. Sprecher